

Die Regierung in Damaskus ist gefangen in einer Spirale der Gewalt, die von den selbsternannten „Freunden Syriens“ genährt wird

Von Prof. Jeremy Salt

Global Research, 6. Juli 2012

<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=31778>

eigene Übersetzung

Anmerkung des Übersetzers: In den letzten Tagen verdichten sich die Hinweise, dass Teile der deutschen Medien, einschließlich der BILD-Zeitung (!)¹, bereit sind, von ihrem bisherigen Schwarz-Weiss-Bild der Syrienkrise ("Irrer Schlächter Assad" versus „friedliche Demonstranten“) abzurücken. Kritische Stimmen, wie die des Publizisten Jürgen Todenhöfer, der vor einer einseitigen Unterstützung der „Aufständischen“ und einer militärischen Eskalation warnt, werden jetzt in den Mittelpunkt gestellt.

Das muss man begrüßen, als Ausdruck einer wachsenden Skepsis gegenüber der immer radikaleren Konfrontationspolitik der USA und als erstes Zeichen der Einsicht in die Notwendigkeit des friedlichen Dialogs.

Auch in der Türkei gibt es Stimmen, die sich für eine friedliche Beilegung der Syrienkrise stark machen und dabei nicht an der Kritik am Kurs ihrer eigenen Führung sparen. Das belegt nicht zuletzt der folgende Text, der von einem türkischen Akademiker verfasst und auf der Website „Global Research“ in englischer Sprache veröffentlicht wurde.

Anmerkung der Redaktion: In dem Artikel werden Parallelen zwischen der PKK und der FSA gezogen, also der Arbeiterpartei Kurdistans und der „Freien Syrischen Armee“. Es geschieht rein formal, wesentliche Unterschiede werden dabei ausgeblendet. So werden zum Beispiel die Ziele des Kampfes der kurdischen Bewegung und ihre Berechtigung ignoriert. Widerstand wird so zu Mord und die Guerilla zu Terroristen erklärt. Wir vermuten, dass der Autor die eher neutrale und stabilisierende Rolle der syrischen Kurden und auch ihrer in den Reihen der PKK ausgebildeten Kämpfer in diesem Konflikt verkennt.²

Die Spannungen entlang der Grenze zwischen der Türkei und Syrien nähern sich Stück für Stück dem Entzündungspunkt. Letzte Woche war ein Flugzeug der türkischen Luftwaffe abgeschossen worden, nachdem es den syrischen Luftraum verletzt hatte. Die syrische Regierung sagte, das Flugzeug sei innerhalb des syrischen Luftraums getroffen worden. Die Türkei sagte, es habe den syrischen Luftraum bereits verlassen und sei im internationalen Luftraum getroffen worden.

Was das Flugzeug überhaupt im syrischen Luftraum zu suchen hatte, ist eine andere Frage. Der türkische Präsident

¹ <http://www.bild.de/politik/ausland/baschar-al-assad/juergen-todenhoefer-interviewt-syriens-praesident-in-damaskus-25060754.bild.html>

² vgl. den Artikel in der jungen Welt: Auf Distanz zu Assad und den Aufständischen. Kurden in Syrien bemühen sich um »sensible Balance«. Bewaffnete Einheiten und Kontrollpunkte verhindern Übergreifen der Kämpfe. Von Karin Leukefeld, junge Welt 28.06.2012, <http://www.jungewelt.de/2012/06-28/050.php?sstr=Auf%7CDistanz%7Czu%7CAssad%7Cund%7Cden%7CAufst%7CE4ndischen>

Abdullah Gul sagte, es sei vom Kurs „abgekommen“. Andere Berichte legen nahe, dass es dort war, um das syrische Radar auszuloten oder die Luftabwehr zu testen. Die Türkei schickte sofort Truppen und gepanzerte Fahrzeuge an die Grenze und brachte Artikel 4 der Nato-Charta ins Spiel, um seine Verbündeten in der Allianz zu Beratungen zusammenzubringen. Diese machten sich sofort den türkischen Standpunkt zu eigen. Hillary Clinton nannte den Abschuss des Flugzeugs „dreist“. William Hague dachte, es sei „unerhört“. Es fällt auf, dass sie solche Worte nie benutzt haben, um die Raketenangriffe der eigenen Streitkräfte zu charakterisieren, bei denen Zivilisten in Afghanistan, Pakistan, Jemen, Somalia und Libyen getötet worden waren. Noch so ein „Vorfall“ könnte dazu führen, dass sich die Türkei auf Artikel 5 beruft, der Artikel der Nato-Charta für die kollektive Verteidigung, gemäß dem der Angriff auf ein Mitglied als ein Angriff auf alle angesehen wird. Aus einem Krieg zwischen Syrien und der Türkei würde ein Krieg zwischen Syrien und der ganzen Nato werden. Dies würde zu einer Konfrontation führen zwischen einer Allianz von Nato und Golfstaaten gegen Russland, China, Iran und deren Verbündeten.

Nichts an dem, was gerade in Syrien passiert, ist zufällig oder ungewollt. Die Regierung in Damaskus ist bewusst in einen Kreislauf der Gewalt verstrickt worden, der von außen durch die selbsternannten „Freunde Syriens“ angeheizt wird. Beide Seiten haben sich der Tötung von Zivilisten schuldig gemacht. Doch die herkömmlichen Medien haben eine Erzählung geschaffen, in der praktisch alle Tötungen das Werk der Armee und der „Loyalisten des Regimes“, bekannt als die Shabiha, sind.

„Aktivisten“ beschuldigen die Regierung routinemäßig eines jeden Mordes, Bombenanschlags oder Aktes der Sabotage, selbst dann, wenn die Opfer Anhänger der Baath-Partei sind (wie die Professorin, die in ihrem Haus in den Vororten von Homs Ende Juni gemeinsam mit ihren drei Kindern und ihren Eltern von bewaffneten Männern ermordet wurde). Das Leid der Familien, deren Männer getötet wurden, nachdem sie gegen die Regierung zu den Waffen gegriffen hatten, wird in den Medien gezeigt. Das gilt aber nicht für Familien, die Angehörige wegen der bewaffneten Gruppen verloren haben. Was sich bei dem Massaker von Houla tatsächlich ereignet hat, ist noch nicht geklärt. Während der UN-Menschenrechtsrat in seinem jüngsten Bericht schreibt, dass „viele“ der Tötungen das Werk von Regimetreuen gewesen sein „könnten“, weisen andere Fakten darauf hin, dass das Massaker die Tat von Dschihadisten war, unter ihnen auch die Faruq Brigade der sogenannten Freien Syrischen Armee. Da der Menschenrechtsrat selbst eingesteht, dass er keine stichhaltigen Beweise habe, wer hinter dem Massaker steht, wäre es vielleicht verantwortungsvoller gewesen, so lange nichts zu sagen, bis er über entsprechende Beweise verfügt.

Die einseitige Darstellung ist Teil der Kriegsstrategie der „Freunde Syriens“. Diese „Freunde“ bestehen darauf, dass die bewaffnete Kampagne, die sie finanzieren, sich nur gegen die Regierung wende und nicht gegen das Volk. Was „das Volk“ – in jeder Hinsicht die Mehrheit der Syrer – möchte, ist schwer herauszufinden bei solch einem Chaos. Doch die Fakten legen nahe, dass es diese „Freunde“ als seine Feinde betrachtet. Die Volksabstimmung im Februar und die Wahlen im Mai waren keinesfalls perfekt. Doch sie bleiben der klarste Hinweis darauf, dass die Allgemeinheit in Syrien sich eine politische Lösung für diese Krise wünscht, die das Land gerade in Atem hält.

Jenseits der Enklaven, die von bewaffneten Gruppen beherrscht werden, sind die Menschen gegen diese Gruppen und ihre Förderer aus dem Ausland. Man ist sich dessen bewusst, dass ohne die Blockadehaltung von Russland und China die Nato-Kampfflugzeuge ihr Land längst bombardiert hätten.

Ausländische Regierungen haben sich zäh wie Blutegel an die Probleme Syriens herangemacht. Der „Arabische Frühling“ hat die Gelegenheit geliefert, den Mittleren Osten in seinem politischen und geographischen Herzen neu zu formen. Diese Chance haben sie ergriffen. Obwohl sie Lippenbekenntnisse für Kofi Annans Plan zum Waffenstillstand abgeben, ziehen sie den gewaltsamen Konflikt in die Länge. Sie hoffen, dass die Armee sich irgendwann auflösen wird und die Regierung zusammenbrechen. Während die Zerschlagung der Regierung in Damaskus einen Selbstzweck darstellt, muss Syrien auch als Etappenziel auf dem Weg nach Iran angesehen werden.

Falls die Baath-Regierung zu Fall gebracht werden könnte, würde die strategische Allianz zwischen dem Iran, Syrien und der Hizbullah in der Mitte auseinanderbrechen. Auch wenn die Regierung nicht abgesetzt wäre, würde sich Syrien in einem solchen Chaos befinden, dass es nicht in der Lage wäre, auf einen Angriff auf den Iran zu reagieren. Die Hizbullah wäre auf ähnliche Weise neutralisiert. Israel wäre in der Lage anzugreifen, ohne sich Sorgen machen zu müssen, dass sich eine zweite Front an der nördlichen Waffenstillstandslinie auf tun könnte. Die Versicherungen von Präsident Putin während seinem anscheinend spontanem Besuch in Israel, dass Iran keine Atombombe entwickeln werde, könnte ein letzter Versuch gewesen sein, um einen Angriff auf den Iran doch noch zu verhindern. Vielleicht hat der russische Geheimdienst herausgefunden, dass eine solche Entscheidung letztlich getroffen wurde und Datum und Zeit schon feststehen.

Die erste Reaktion der Türkei auf den „Arabischen Frühling“ war träge. Der tunesische Präsident war schon weg, noch bevor die Regierung Zeit hatte, zu reagieren. Sie wartete bis fast zuletzt, bis sie Mubarak aufforderte, abzutreten. Premierminister Erdogan sprach sich deutlich gegen militärische Eingriffe irgendwo in der Region aus, bevor er sich doch dem bewaffneten Angriff auf Libyen anschloss. Zu Syrien behaupteten er und sein Außenminister, man habe Präsident Bashar al Assad gute Ratschläge gegeben, die er aber nicht annehmen wollte, bevor man zu dem Schluss gekommen sei, dass er gehen müsse. Im Spätsommer warfen sie [Erdogan und sein Außenminister] das ganze Gewicht ihrer Regierung in die Waagschale, für die Gründung sowohl des „Syrischen Nationalrates“ (SNC) als auch der „Freien Syrischen Armee“ (FSA). Ersterer bekam in Istanbul ein Zuhause, letztere Zuflucht in der südöstlichen Türkei. Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkischen Republik hat sich eine Regierung den „Regime Change“ in einem Nachbarland zum Ziel gesetzt. Zum ersten Mal hat eine Regierung bewaffnete Banden finanziert, die über die Grenze hinweg operieren, um Bürger eines Nachbarlandes zu töten. Bis jetzt ist die moralische und rechtliche Tragweite dieser Politik in den türkischen Medien kaum ein Thema gewesen.

Für ein Land, das eine lange Geschichte der Einmischungen anderer Regierungen in seine inneren Angelegenheiten hat, ist die türkische Haltung fast schon unreal. Das liegt nicht nur an den Parallelen zwischen der PKK und der FSA, die beide die Grenzen von Nachbarländern überschreiten, um Bürger ihres eigenen Staates zu töten, beide den Anspruch erheben, im Namen der Menschenrechte und der Freiheit zu kämpfen und beide von den Regierungen der Staaten, in denen sie operieren, als terroristische Organisationen eingestuft werden. Die Geschichte der externen Einmischungen und der Unterstützung von Rebellen durch fremde Regierungen lässt sich bis weit in die Geschichte der Türkei und des Osmanischen Reichs zurückverfolgen, von der Unterstützung der griechischen Rebellen in den 1820ern, über die Unterstützung der bulgarischen Rebellen in den 1870ern und der mazedonischen und armenischen Rebellen in den 1890ern. Die Intervention im Namen der Zivilisation wurde im 20ten Jahrhundert durch die Intervention im Namen von Demokratie und Freiheit abgelöst. Jetzt haben wir die Intervention im Namen der Menschlichkeit – ein immer wiederkehrendes Motiv dieser zwei Jahrhunderte und der „Responsibility to protect“. Es ist ein paradoxes Spiel der Geschichte, dass sich die Türkei zur Zeit genau so in Syrien einmischt, wie es die imperialistischen Großmächte einst im Osmanischen Reich getan haben und wie sie es in die Angelegenheiten anderer Länder immer noch zu tun pflegen.

Die Strategien anderer sind leicht zu erkennen. Saudi-Arabien wollte während der Amtszeit von George W. Bush, dass die USA den Iran angreifen und „der Schlange den Kopf abschlagen“. Seine Interessen sind z.T. ideologisch begründet, gegen die Shiiten allgemein und gegen den Iran ganz besonders. Sie haben jedoch auch mit der traditionellen Furcht der Saudis vor ihrem großen Nachbarn im Norden zu tun. Die USA haben Syrien 1979 auf die Liste der Staaten gesetzt, die den Terrorismus unterstützen. Seit der Einführung des SALSA (Gesetz über die syrische Verantwortung und die libanesische Unabhängigkeit des Jahres 2003) hat sie nach und nach die wirtschaftlichen Sanktionen verschärft, in der Hoffnung, die Regierung in die Knie zu zwingen. Für Israel war Syrien intuitiv seit eh und je der arabische Feind. Was Israel möchte, das wird jede US-Regierung natürlich versuchen, nach bestem Wissen

und Gewissen zu erfüllen. Aufruhr in der arabischen Welt kommt Israel sehr gelegen. Es ist die ganze Zeit dabei, seinen Zugriff auf die 1967 besetzten Gebiete zu zementieren, ohne dass die Welt es bemerkt, aufgrund des Dramas des „Arabischen Frühlings“. Es ist nicht so, als ob die Welt dem jemals viel Aufmerksamkeit gewidmet hätte, aber zur Zeit läuft es für Israel traumhaft.

Die eine Agenda, die schwer nachzuvollziehen ist, ist die der Türkei. Sie hat die Rückendeckung seiner Partner in der Nato, so wie die der Gruppe genannt „Freunde Syriens“. Doch der Preis dafür war hoch. Der grenzüberschreitende Handel im Südosten ist nahezu kollabiert. Die Beziehungen zu Iran, zum Irak und nach Russland haben gelitten. Die erkennbare Sympathie ihrer eigenen Regierung für eine Herrschaft in Syrien nach Art der Muslimbrüder hat das Misstrauen der türkischen Alawiten geweckt, vor allem in der Grenzregion Hatay, wo die Hälfte der Menschen Alawiten sind. Dieses Gebiet war 1938 durch die Franzosen von Syrien abgetrennt worden und an die Türkei übergeben. Sowohl Alawiten als auch Christen haben verwandtschaftliche Beziehungen über die Grenze und beide sehen in Assads Regierung einen sicheren Garanten für die Rechte der Minderheiten. Jedenfalls teilen sie nicht den Standpunkt ihrer eigenen Regierung.

Was gerade ausgespielt wird, ist eines der größten Machtspiele seit dem Ende des 1. Weltkriegs. Unter dem Deckmantel des „Arabischen Frühling“ werden die Hindernisse für eine erneute westliche Dominanz in der Region nach und nach beseitigt. Die Destabilisierung Syriens bringt die Region näher an einen Krieg mit möglicherweise katastrophalen globalen Auswirkungen. Doch die Beute ist so groß, dass die westliche Koalition nicht anders kann, als alle roten Linien zu überschreiten. Die Einbeziehung der Türkei ist essenziell für alle strategischen Pläne des Westens. Falls der Krieg kommt, ob aus Versehen oder mit Absicht, wird die Türkei mitten in der ersten Reihe stehen. Eine aktuelle Umfrage des Zentrums für ökonomische und außenpolitische Forschungen (Centre for Economic and Foreign Policy Research) zeigt eine starke Ablehnung einer tieferen Einmischung in die Krise in Syrien. Die Mehrheit bei dieser Umfrage (56 Prozent) unterstützen keine militärische Intervention in Syrien. Nur eine kleine Anzahl (weniger als 8 Prozent) sind für die Bewaffnung der syrischen Opposition. Die Frage lautet, ob die Menschen in der Türkei begreifen, wie sehr ihre Regierung bereits involviert ist. Die regierende Partei dominiert das Parlament. Trotzdem könnte Syrien zu ihrer Achillesferse werden.

Jeremy Salt in ein Associate Professor für Geschichte und Politik des Mittleren Ostens an der Bilkent Universität in Ankara (Türkei).